



Protokoll der 27. Sitzung des Einwohnerrates

vom 22. Mai 2019, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Bergamin Patricia (SVP) und Holinger Lorenz (SVP)

Traktanden	Laufnummer
1. Protokolle der Ratssitzungen vom 27.02.2019 und 10.04.2019 <i>://: Die beiden Protokolle der letzten Sitzungen werden einstimmig genehmigt.</i>	-
2. Wahlbüro-Ersatzwahlen <i>://: Für die restliche Amtsperiode werden Jonas Brunner, Selina Buser und Maria Dickson in das Wahlbüro gewählt.</i>	2019/137
3. Heidenlochstrasse - Bau- und Strassenlinienplan, Bericht Bau- und Planungskommission (BPK); 2. Lesung und Beschlussfassung <i>://: Der BSP Heidenlochstrasse wird einstimmig beschlossen.</i>	2019/126 2019/126a
4. Heidenlochstrasse - Kredite für Strassenausbau (TCHF 2'500), Wasserversorgung (TCHF 630), Abwasserbeseitigung (TCHF 400) und Landerwerb (TCHF 625); Bericht Bau- und Planungskommission (BPK); 2. Lesung und Beschlussfassung <i>://: Die Kredite werden gemäss den Anträgen des Stadtrates und der BPK einstimmig genehmigt.</i>	2019/127 2019/127a
5. Energieleitbild 2030 <i>://: Die stadträtliche Vorlage wird einstimmig an die BPK zur Vorberatung überwiesen.</i>	2019/130
6. Ortsbus - Nichtformulierte Volksinitiative betreffend einen Ortsbus in die Quartiere Sichertern und Langhag/Hanro <i>://: Die Vorlage des Stadtrates wird einstimmig an die BPK zur Vorberatung überwiesen.</i>	2019/138
7. Feuerwehrdienstersatzabgabe - Motion der Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) zur Revision des Feuerwehrdienstersatzabgabe-Reglementes <i>://: Die Motion wird mit 33 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.</i>	2019/125
8. Parkkarten - Interpellation von Beat Gränicher namens der SVP-Fraktion betreffend Parkkarten auf öffentlichen Parkplätzen <i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i>	2019/129

9. Veloverkehr Tiergartenstrasse - Postulat «Veloverkehr auf neuer Tiergartenstrasse beim Parkhaus SBB» von Hanspeter Zumsteg der Grünen Fraktion, Sonja Niederhauser der CVP/EVP/GLP-Fraktion, Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion und Joel Bühler der SP-Fraktion 2019/131
://: Das Postulat wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.
10. Fragestunde
Vom Stadtrat werden 11 Fragen beantwortet.
11. Winterdienst - Interpellation «Winterdienst - höhere Priorität für den Langsamverkehr» von Joel Bühler der SP-Fraktion und Dominik Beeler der Grünen Fraktion 2019/132
Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.
12. Kasernenstrasse - Bericht Stadtrat zu Postulat betreffend Sicherheit Kasernenstrasse für Velos und Fussgänger von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion 2017/59
2017/59a
://: Der stadträtliche Bericht zum Postulat wird einstimmig zur Kenntnis genommen und das Postulat einstimmig als erfüllt abgeschrieben.
13. Flohmarkt - Interpellation betreffend Flohmarkt in Liestal von Dominik Beeler der Grünen Fraktion 2019/135
Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.

Ratspräsident Peter Küng (SP) begrüsst die Ratsmitglieder sowie Medienvertreter und Gäste zur Mai-Sitzung des Einwohnerrates.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidium

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Stadtrat Daniel Muri muss um spätestens 19.00 Uhr die Ratssitzung verlassen. Die ihn betreffenden Geschäfte werden danach von seinem Stellvertreter Franz Kaufmann vertreten.
- Bis am Schluss der heutigen Sitzung sind dem Ratsschreiber noch die Rückmeldetalons für das Amtsjahr-Schlussessen vom 26. Juni 2019 abzugeben.
- Die beiden Ratsmitglieder Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) und Hilman Jackomuthu (CVP/EVP/GLP) haben ihren Rücktritt per 30. Juni 2019 erklärt. Die Rücktrittsschreiben vom 14.05.2019 und 15.05.2019 werden verlesen und den beiden Ratsmitgliedern für ihr Engagement im Einwohnerrat und seinen Kommissionen bereits an dieser Stelle bestens gedankt.
- Vizepräsident Werner Fischer wird der beste Dank für die Organisation und Durchführung des diesjährigen Einwohnerratsausfluges vom vergangenen Freitag in den Botanischen Garten beim Spalentor in Basel ausgesprochen.
- Die Ratsmitglieder sind mit E-Mail des Ratsschreibers vom 17. Mai 2019 über den Ablauf sowie das weitere Vorgehen im Zusammenhang mit der bevorstehenden Revision des ER-Geschäftsreglementes informiert worden.
- Die nächste Einwohnerratssitzung vom 26. Juni 2019 beginnt bereits um 16.00 Uhr, da anschliessend noch das Amtsjahrschlussessen stattfinden wird.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmausweis, gelb
- ER-Vorlagen Nr. 2019/136, Nr. 2019/139 - Nr. 2019/145 (neue Vorstösse)

Neue persönliche Vorstösse

- Wahlmaterialversand - Postulat «Früherer Versand der Stimmrechtsausweise bei Wahlen» von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2019/136)
- Parkplätze - Interpellation von Vreni Büchi namens der FDP-Fraktion betreffend Parkplätzen (Nr. 2019/139)
- Insektizide im Wald - Interpellation betreffend Insektiziden im Wald von Nathalie Oberholzer der Grünen Fraktion (Nr. 2019/140)
- Nachhaltigkeit - Postulat betreffend Fachperson "Nachhaltigkeitsbeauftragte / Nachhaltigkeitsbeauftragter" von Nathalie Oberholzer der GL-Fraktion, Marianne Quensel der SP-Fraktion und Domenic Schneider der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2019/141)
- Universität - Postulat «Keine Universität am Dreispitz - neue Chance für Liestal?» von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2019/142)
- Antennenreglement - Interpellation in Zusammenhang mit 5G von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2019/143)
- Seniorenparkanlagen - Interpellation «Bewegungsgeräte für Seniorenparkanlagen» von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2019/144)
- Deponie Elbisgraben - Interpellation betreffend erhöhte Arsenwerte in der Deponie Elbisgraben von Loris Jeitziner und Dominique Meschberger der SP-Fraktion (Nr. 2019/145)

Stimmzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- | | |
|------------------------------|--|
| - Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) | Seite A (SP, GL) |
| - Imsand Bruno (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Dominique Meschberger (SP) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Von den Fraktionen und auch den Ratsmitgliedern werden keine Erklärungen abgegeben.

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtrat Franz Kaufmann weist auf den Anlass vom nächsten Samstag hin, bei welchem das Törli nach Abschluss der Sanierungsarbeiten eingeweiht wird und dann bei Führungen auch besichtigt werden kann.

Traktandenliste

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass betreffend der Traktandenliste keine Wortbegehren angemeldet werden.

GOR-Präsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) kommt etwas später zur heutigen Sitzung. Sollte dieser nach der Beratung des 6. Traktandums noch nicht präsent sein, würde der Vorstoss der GOR "*Feuerwehrdienstdienstersatzabgabe-Reglement*" (Nr. 2019/125) erst im Anschluss an die Pause sowie "*Fragestunde*" behandelt.

://: Der Rat beschliesst einstimmig, dass die traktandierten Geschäfte gemäss Einladungsschreiben vom 08. Mai 2019 behandelt werden.

222 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokolle der Ratssitzungen vom 27.02.2019 und 10.04.2019

Ratspräsident Peter Küng (SP) informiert darüber, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend den letzten beiden Sitzungsprotokollen eingegangen sind. Das Protokoll vom 10. April 2019 ist allen Ratsmitgliedern mit E-Mail vom 13.05.2019 im Nachversand allen Ratsmitgliedern zugestellt worden. Das Büro beantragt dem Rat die Genehmigung der beiden Protokolle. Er kann feststellen, dass aus dem Rat keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Protokolle der Ratssitzungen vom 27.02.2019 und 10.04.2019 werden einstimmig genehmigt.

223 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Wahlbüro-Ersatzwahlen (Nr. 2019/137)

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Wahlgeschäft unbestritten ist.

Er kann nach Umfrage feststellen, dass zum Geschäft keine Wortbegehren angemeldet werden und sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass offen und gesamthaft gewählt wird.

://: Gemäss Wahlvorschlag der Grünen Fraktion werden einstimmig folgende Wahlbüro-Mitglieder für die restliche Amtsperiode bis zum 30. Juni 2020 gewählt:

- Brunner Jonas, geb. 1997, Dachsweg 3, Liestal
- Buser Selina, geb. 1989, Kasernenstr. 12, Liestal
- Dickson Maria, geb. 1980, Liestal

224 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Heidenlochstrasse - Bau- und Strassenlinienplan, Bericht Bau- und Planungskommission (BPK) 2. Lesung und Beschlussfassung (Nr. 2019/126)

Ratspräsident Peter Küng (SP) erklärt, dass nach der 1. Lesung an der letzten Sitzung vom 10. April 2018 und 2. Lesung an der heutigen Sitzung über die identischen Anträge des Stadtrates sowie Bau- und Planungskommission abgestimmt wird.

Dieser Entscheid muss von einer 4/5-Mehrheit gefällt werden, ansonsten müsste dieser vom Souverän noch an der Urne abgesehnet werden.

Thomas Eugster (FDP) erklärt als BPK-Präsident, dass es seit der 1. Lesung zwischenzeitlich keine neuen Erkenntnisse mehr gab. Die BPK beantragt dem Rat einstimmig, dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen und somit den Bau- und Strassenlinienplan Heidenlochstrasse zu genehmigen.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine Wortbegehren aus dem Einwohnerrat und Stadtrat angemeldet werden.

://: Einstimmig beschliesst der Einwohnerrat den Bau- und Strassenlinienplan Heidenlochstrasse, Situationsplan 1:500 vom 25.01.2018.

225 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Heidenlochstrasse - Kredite für Strassenausbau (TCHF 2'500), Wasserversorgung (TCHF 630), Abwasserbeseitigung (TCHF 400) und Landerwerb (TCHF 625); Bericht Bau- und Planungskommission (BPK), 2. Lesung und Beschlussfassung (Nr. 2019/127)

Ratspräsident Peter Küng (SP) hält fest, dass nach der heutigen 2. Lesung über die Anträge des Stadtrates abgestimmt wird, welche von der BPK einstimmig unterstützt werden. Da die Bruttokredite den Betrag von 4 Mio. Franken übertreffen, untersteht die Kreditgenehmigung der obligatorischen Urnenabstimmung.

Thomas Eugster (FDP) erklärt als BPK-Präsident, dass es seit der 1. Lesung keine neuen Erkenntnisse gab. Die BPK beantragt dem Rat, den stadträtlichen Anträgen zuzustimmen. Aus der Presse der letzten Tage weiss man, dass der QP Cheddite wegen denkmalgeschützter Belangen nochmals überarbeitet werden muss, doch hat dies keinen Einfluss auf die Sanierungsnotwendigkeit der Heidenlochstrasse.

Stadtrat Franz Kaufmann bemerkt, dass die Heidenlochstrasse eine wichtige Erschliessung und gar der Lebensnerv für das neue Quartier mit dem QP Grammet, QP Cheddite usw. ist. Diese ist äusserst wichtig für das neue Wohnquartier mit Kindergarten usw.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine Wortbegehren aus dem Einwohnerrat und Stadtrat angemeldet werden.

Er lässt nun über die stadträtlichen Anträge einzeln abstimmen, welche von der BPK gemäss Vorlage Nr. 2019/127a einstimmig unterstützt werden.

://: Der Einwohnerrat genehmigt einstimmig den Bruttokredit von TCHF 2'500 (inkl. MwSt., Investitionskonto 2.6150.5010.0230) für die öffentliche Beleuchtung und den Strassenausbau Heidenlochstrasse.

://: Der Einwohnerrat genehmigt einstimmig den Bruttokredit von TCHF 630 (inkl. MwSt., Investitionskonto 2.7101.5030.0230) für den Ersatz der Wasserleitung.

://: Einwohnerrat genehmigt einstimmig den Bruttokredit von TCHF 400 (inkl. MwSt., Investitionskonto 2.7201.5030.0230) für den Neubau der Sauberwasserleitung.

://: Der Einwohnerrat genehmigt einstimmig den Kredit in der Höhe von TCHF 625 (Investitionskonto 2.6150.5010.0231) für den Landerwerb.

226 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Energieleitbild 2030 (Nr. 2019/130)

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass das Eintreten auf die neue stadträtliche Vorlage nicht bestritten wird.

Das Büro beantragt dem Rat, dass das Geschäft an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen wird.

Markus Rudin (SVP) erklärt, dass von Liestal als Energiestadt bereits verschiedene energetische Massnahmen zur Einsparung von Energie umgesetzt wurden. Seine Fraktion stimmt der Vorberatung durch die BPK zu.

Michael Durrer (GL) dankt namens der Grünen Fraktion der Energiekommission für die geleisteten Vorarbeiten im Zusammenhang mit dem nun vorliegenden Energieleitbild. Nach der Ausrufung des Klimanotstandes ist das Energieleitbild ein weiterer wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Trotz Energiestadt-Label und Energieleitbild müssen wir uns in allen Bereichen immer wieder Überlegungen machen und nicht stehen bleiben. So hofft man, dass in den nächsten Entwicklungsplänen und Budget konkrete Massnahmen auftauchen werden. Die Vorberatung der stadträtlichen Vorlage durch die BPK wird befürwortet.

Loris Jeitziner (SP) äussert, dass seine Fraktion trotz teilweise vagen Aussagen und unklarer Umsetzung im Energieleitbild ist man optimistisch, dass es nun in die richtige Richtung gehen wird. Auch ist es wichtig, dass man das Leitbild hier im Rat immer wieder konsultiert, wenn es um neue Quartierplanungen oder beispielsweise um das Ortsbus-Projekt usw. geht, welches heute ja noch zum Thema wird. Die SP-Fraktion unterstützt eine Vorberatung in der BPK.

Thomas Eugster (FDP) führt aus, dass auch die FDP-Fraktion das Geschäft in der BPK vorberaten möchte, denn mit dem Energieleitbild wird vom Rat doch der Rahmen betreffend energetischen Massnahmen abgesteckt.

Stadtrat Franz Kaufmann begrüsst die Vorberatung in der BPK ebenfalls, damit in der vorberatenden Kommission die einzelnen Handlungsfelder im Detail beraten werden können.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Die stadträtliche Vorlage Nr. 2019/130 "Energieleitbild 2030" wird einstimmig zur Vorberatung an die Bau- und Planungskommission (BPK) überwiesen.

227 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Ortsbus - Nichtformulierte Volksinitiative betreffend einen Ortsbus in die Quartiere Sichert und Langhag/Hanro (Nr. 2019/138)

Ratspräsident Peter Küng (SP) macht darauf aufmerksam, dass bei Nicht-Eintreten auf die stadträtliche Vorlage durch den Einwohnerrat die Volksinitiative automatisch dem Souverän mit einer Urnenabstimmung vorgelegt würde. Die Ratsmitglieder möchten sich nun zum Eintreten auf die Vorlage Nr. 2019/138 äussern.

Dominic Odermatt (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Antrag auf Nichteintreten auf die Vorlage. Eine einfache Begründung wäre die Aussage, dass sich Liestal einen Ortsbus schlichtweg nicht leisten kann. Die jährlichen Kosten von rund TCHF 400 entsprechen einem ganzen Steuerprozent und betragen rund die Hälfte der jährlichen Beiträge an das Gitterli-Bad. Und dieses ist ein Volksbad, welches über die Gemeindegrenzen hinaus bekannt ist und zudem einen Standortvorteil für Liestal mit sich bringt. In Anbetracht der angespannten Finanzlage sind die Bruttokosten von TCHF 1'430 für den 3-jährigen Probetrieb unverantwortbar, zumal von einem Ortsbus nur ein kleiner Bevölkerungsanteil profitieren könnte. Die stadträtliche Vorlage ist sehr detailliert ausgearbeitet und es ist wohl illusorisch, dass der Einwohnerrat schlussendlich eine wesentlich günstigere Lösungsvariante finden und beschliessen könnte. Das Nichteintreten wäre keine Diskussionsverweigerung, sondern ein klares Statement an das Volk, dass der Einwohnerrat den Ortsbus aus finanziellen Gründen nicht unterstützen kann und deshalb der Souverän in einer Volksabstimmung entscheiden soll, ob er sich einen Ortsbus leisten möchte oder nicht.

Hanspeter Meyer (SVP) teilt mit, auch die SVP-Fraktion sei ebenfalls einstimmig der Meinung, dass man auf das Geschäft nicht eintreten soll. Wichtige Hauptgründe wurden vom Antragsteller schon erwähnt. Grundsätzlich ist seine Fraktion auch der Meinung, dass man den öffentlichen Verkehr ausbauen soll, doch ist in der Vergangenheit bereits viel Geld für Ortsbus-Angebote, Ruf-Taxi's usw. verlockt worden. Die Entwicklung Liestals wird in einigen Gebieten starke Änderungen erfahren und so macht aktuell ein weiteres Ortsbus-Experiment noch keinen Sinn. Meist organisieren sich die Bewohner in den Aussenquartieren selber und sind oftmals gar nicht auf die öV-Angebote angewiesen.

Michael Durrer (GL) meint, es sei doch schon sehr selten, dass der Rat auf ein Geschäft gar nicht eintreten und dieses nicht zumindest prüfen möchte. Die Volksinitiative ist vor über 3 Jahren mit 548 Unterschriften eingereicht worden. Die Unterschriften kommen nicht alleine aus dem links-grünen Lager, denn die Initiative wird von verschiedenen Bevölkerungsgruppen aus allen politischen Lagern unterstützt. Nach über 3 Jahren ist nun dem Rat vom Stadtrat die Vorlage vorgelegt worden und es ist nun die Aufgabe des Einwohnerrates, das Volksbegehren seriös zu prüfen und gar Änderungs- oder Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten. Und sollte dies der Einwohnerrat nicht tun wollen, wäre dies doch eine parlamentarischen Arbeitsverweigerung, zumal die Ratsmitglieder hier im Saal gewählt wurden, um die Interessen der Bevölkerung zu vertreten. Eine seriöse Prüfung der Vorlage ist im Plenum wohl kaum möglich und deshalb macht eine Vorberatung in einer Kommission durchaus Sinn. Die Volksinitiative ist von 548 Stimmberechtigten unterschrieben worden, was bei einer Stimmbeteiligung zwischen 3 - 4'000 Stimmberechtigten keine unbedeutende oder zu unterschätzende Anzahl ist. Sollte die Vorlage an der heutigen Sitzung ohne seriöse Abklärungen versenkt werden, so wäre sicher ein Erklärungsbedarf für diejenigen Parteien vorhanden, welche das Nichteintreten auf dieses Geschäft und die parlamentarische Arbeitsverweigerung unterstützt hatten. Dieses Demokratieverständnis dürfte wohl nicht mit Wohlwollen vom Souverän zur Kenntnis genommen werden.

Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) legt dar, dass die Mittefraktion eine Vorberatung in der BPK unterstützt, damit diese die Vorlage zumindest genauer anschaut und gegebenenfalls gar mögliche kostengünstigere Varianten prüfen sowie vorschlagen kann. Von einem Ortsbus könnte ein grosser Teil der Bevölkerung profitieren, doch müssten beispielsweise die öV-Anschlüsse gewährleistet sein. Der Umstieg auf den öffentlichen Verkehr müsste auch hier im Rat unterstützt werden, hatte man doch vor kurzer Zeit hier im Saal den Klimanotstand ausgerufen. Ihre Fraktion wird den Antrag der FDP-Fraktion nicht unterstützen und eine Vorberatung der Vorlage durch die BPK unterstützen.

Fabian Eisenring (SP) meint, mit dem Nichteintretens-Antrag wird doch auch die Aussage gemacht, dass die stadträtliche Vorlage keine diskutier- und prüfbare Lösung für einen Ortsbus ist. Bezugnehmend auf das Votum des Antragstellers möchte er zudem darauf hinweisen, dass vom Rat beispielsweise auch die Kreditvorlage für das Gitterlibad an eine Kommission zur Vorberatung überwiesen wurde. Seine Fraktion wird das Eintreten unterstützen.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) weist darauf hin, dass es schlussendlich wohl günstiger wäre, wenn die BPK die Vorlage prüfen und diese schlussendlich gegebenenfalls vom Rat abgelehnt würde, als wenn man in einer Volksabstimmung einfach nur über die Initiative abstimmen lässt.

Thomas Eugster (FDP) bemerkt, dass sich der Stadtrat sehr intensiv mit der Initiative auseinandergesetzt hat und auch bei einer Vorberatung durch die BPK wohl kaum weitere Lösungsvarianten und Alternativen zu den stadträtlichen Vorschlägen gefunden werden. Auch darf ein Nichteintreten auf die Vorlage nicht einfach als Arbeitsverweigerung bezeichnet werden.

Patrick Mägli (SP) ist der Ansicht, es sei doch äusserst wichtig, dass die Vorlage im Rat beziehungsweise in der BPK zumindest beraten wird. Der öffentliche Verkehr in Liestal hat durchaus Nachholbedarf und die Chance der Ortsbus-Initiative sollte doch zumindest vom Rat geprüft werden. Handlungsspielraum und Anpassungen sind im Zusammenhang mit der stadträtlichen Vorlage sicher möglich, weshalb eine Vorberatung in der BPK durchaus Sinn macht.

Benjamin Holinger (GL) erstaunt der Nichteintretensantrag der FDP-Fraktion schon etwas, denn in der Vergangenheit hatte die BPK die Geschäfte genau angeschaut und ihre Arbeit gut gemacht. So enttäusche ihn die vorgängige Aussage des BPK-Präsidenten doch etwas. Der Kreditantrag des Stadtrates von rund 1,5 Mio. Franken basiert auf einem einzigen Angebot und für ein solches Projekt in dieser Grössenordnung hätte er doch auch noch zusätzliche Offerten erwartet. In der Vorlage werden beispielsweise auch widersprüchliche Aussagen bezüglich der Buslänge von 12 Metern und Busbenützung durch die Schüler gemacht. Solche und weitere Fragen müssten und könnten deshalb schon von der BPK bei der Vorberatung der stadträtlichen Vorlage thematisiert werden. Es ist zudem die Aufgabe einer seriösen Politik, wenn Volksbegehren vom Parlament zumindest geprüft werden.

Michael Durrer (GL) merkt an, dass er bei seinem vorgängigen Votum nicht gesagt habe, dass der Stadtrat mit der vorliegenden Vorlage schlechte Arbeit geleistet habe. Die Aussage des BPK-Präsidenten, dass seine Kommission bei der Vorberatung der Vorlage wahrscheinlich keine günstigere Variante finden dürfte, kann und darf doch wohl kein Grund dafür sein, dass man auf das Geschäft schon gar nicht eintreten will. Und sollte der Rat tatsächlich nicht auf das Geschäft eintreten und dieses zumindest prüfen wollen, so müsste er diesen Entscheid doch als parlamentarische Arbeitsverweigerung abtun. Sollte die stadträtliche Vorlage schlussendlich versenkt werden, so wäre dies zumindest ein Entscheid, der auf einer vorgängigen Beratung und Prüfung basiert. Dass man nun auf ein Geschäft schon gar nicht eintreten will, ist schon eine etwas sehr spezielle Situation und Geschichte.

Hanspeter Zumsteg (GL) erläutert, er sei nun schon seit 9 Jahren im Einwohnerrat und er habe es bis anhin noch nie erlebt, dass man auf ein ähnliches Geschäft wie im vorliegenden Fall schon gar nicht eintreten und dieses einer Kommission zur Vorberatung überweisen wollte. Als BPK-Mitglied hatte er sich bereits ein paar Stichworte notiert, welche er in der Kommission beraten wollte: Der Pilotversuch könnte gegebenenfalls mit Kleinbussen gestartet werden und der Einsatz von Grossbussen je nach Entwicklung bzw. Bedarf in Erwägung gezogen werden. Es sollte nicht nur eine Route während der Testphase geprüft werden. Der Probetrieb müsste ja auch nicht auf drei Jahre begrenzt werden und sollte schon vorher abgebrochen werden können, sollte sich dies aus verschiedenen Gründen als sinnvoll erweisen.

Thomas Eugster (FDP) schätzt als BPK-Präsident die engagierte Diskussion in seiner Kommission, doch stellt er fest, dass beispielsweise Fragen der beiden Vorredner bezüglich der Buslänge und dem Kleinbus-Einsatz bereits in der stadträtlichen Vorlage thematisiert und beantwortet werden. Die Hauptkosten werden die Personalkosten sein, unabhängig ob der Ortsbusbetrieb nun mit einem Klein- oder Grossbus durchgeführt wird. Die stadträtliche Vorlage ist wirklich sehr detailliert und es dürfte wohl keine wesentlichen neuen Erkenntnisse aus der BPK-Beratung geben.

Stadtrat Franz Kaufmann legt dar, dass das Bedürfnis nach einem Ortsbus und grossen Folgekosten wohl unbestritten sind. Auch würde er es begrüßen, wenn man den unterbreiteten Lösungsvorschlag des Stadtrates in der BPK zumindest diskutieren könnte.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass die Rednerliste geschlossen wird und er nun über das Eintreten abstimmen lässt. Es sind 36 Stimmberechtigte anwesend.

://: Das Eintreten wird mit 22 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen beschlossen.

Ratspräsident Peter Küng (SP) informiert darüber, dass das Büro dem Rat beantragt, dass das Geschäft an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen wird. Bereits an dieser Stelle weist er darauf hin, dass mit der nun vorliegenden Vorlage eine nichtformulierte Volksinitiative umgesetzt wird. Sollte der Einwohnerrat diese ablehnen, würde die Initiative dem Souverän an der Urne zum Entscheid vorgelegt werden, wie dies in § 122 des Gemeindegesetzes umschrieben wird.

Er kann nach Umfrage feststellen, dass betreffend dem Büro-Antrag für eine Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die BPK keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Die Ortsbus-Vorlage Nr. 2019/138 wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

228 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Feuerwehrdienstersatzabgabe - Motion der Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) zur Revision des Feuerwehrdienstersatzabgabe-Reglementes (Nr. 2019/125)

Die Motion hat folgenden Wortlaut:

GOR-Kommission

Motion zur Revision des Feuerwehrdienstersatzabgabereglements

Die GOR hat an ihrer Sitzung vom 14. Januar 2018 der Gründung des Feuerwehrverbunds Regionalfeuerwehr Liestal zugestimmt. Gleichzeitig hat sie das Feuerwehrdienstersatzabgabereglement verabschiedet. Sie tat dies trotz inhaltlicher Bedenken über das Reglement, da es nicht mehr zeitgemässe Formulierungen enthält und einige GOR-Mitglieder die Regelung generell für wenig gerecht halten. Die Umsetzung der Regionalfeuerwehr duldet jedoch keinen Aufschub, weshalb das Reglement im Wissen um seine Unzulänglichkeiten und unter Fortschreibung der bisherigen Regelungen verabschiedet worden ist. Die GOR hält es aber für sinnvoll, dass der Stadtrat die Anregungen der GOR aufnimmt und in Ruhe eine zeitgemässere Lösung definieren kann. Der Stadtrat wird namentlich gebeten, folgende Punkte des Reglements zu prüfen und gegebenenfalls Änderungen vorzuschlagen:

- *den Kreis der Ersatzabgabepflichtigen*
- *die Bemessung der Abgabe*
- *den Kreis der von der Abgabepflicht Befreiten, namentlich*
 - *Mitglieder von Blaulichtorganisationen*
 - *ausserkantonale Feuerwehrdienst Leistende*
 - *für die Kinderbetreuung verantwortliche Personen*
 - *Behinderten*
 - *Ehegatten und Lebenspartner von (ehemals und aktuell) aktiv Feuerwehrdienst leistenden Personen, unabhängig des Zivilstands*

Im Übrigen wird auf den Bericht der GOR zum Feuerwehrverband Stützpunkt- und Regionalfeuerwehr Liestal verwiesen (2018/122a).

Antrag

Der Stadtrat wird gebeten, eine Vorlage über die Revision des Reglements über die Feuerwehersatzabgabe im Sinne der obenstehenden Erwägungen dem Einwohnerrat zu unterbreiten.

Liestal, den 11. Juni 2019

Stefan Fraefel, Präsident GOR

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass GOR-Präsident Stefan Fraefel zwischenzeitlich eingetroffen ist und nun das Geschäft gemäss Traktandenliste behandelt werden kann.

Stadträtin Regula Nebiker informiert darüber, dass der Stadtrat das Anliegen der GOR verstehe, doch möchte er den Vorstoss nicht als Motion, sondern als weniger verpflichtendes Postulat übernehmen. Aktuell ist man an der Realisierung des Feuerwehrverbundes und daraus könnten sich weitere neue Erkenntnisse ergeben, welche man bei der Reglementsrevision berücksichtigen könnte. In der Motion wird der Stadtrat gebeten, verschiedene Punkte des Reglements zu prüfen, was ja mit einem Postulat auch getan werden kann und keiner Motion bedarf. Die Reglementsrevision wird auf jeden Fall etwas länger Zeit beanspruchen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) dankt als Motionär und als GOR-Präsident dafür, dass der Stadtrat den Vorstoss zumindest als Postulat prüfen und entgegen nehmen möchte. Die GOR hält an der Motion fest und möchte den Vorstoss nicht in ein Postulat umwandeln, da mit einer Motion eine Reglementsänderung beschlossen bzw. in Auftrag gegeben werden kann. Im Zusammenhang mit der Feuerwehrverbund-Vorlage hatte es der Stadtrat verpasst, das Feuerwehersatzabgabe-Reglement anzupassen. Nur wegen dem zeitlichen Zwang hatte die GOR der Feuerwehrverbund-Vorlage zugestimmt, schon damals aber die Notwendigkeit der Reglementsrevision thematisiert, wie sie nun mit der Motion verlangt wird. Das Reglement ist nicht mehr zeitgemäss und verschiedene Anpassungen dürften auch unproblematisch sein, so beispielsweise die Benachteiligung von Personen im Konkubinats usw. Andere Änderungen wie beispielsweise die Befreiung von der Ersatzabgabepflicht etc. dürften eher Anlass zu Diskussionen geben. Für die Reglementsänderung kann man sich durchaus noch etwas Zeit lassen, damit sich beispielsweise die Parteien in einem Vernehmlassungsverfahren noch zu den Änderungsvorschlägen äussern können.

Bernhard Bonjour (SP) erinnert daran, dass es sich bei den Forderungen der Motionäre um einen Restposten aus dem Feuerwehrverbund-Geschäft handelt und die Notwendigkeit der Reglementsanpassung wohl unbestritten ist. Im Reglement sind verschiedene widersprüchliche Bestimmungen enthalten und einige Formulierungen dürften die Arbeiten der Verwaltung bei der Umsetzung des Ersatzabgabereglementes zudem nicht einfach machen. In diesem Zusammenhang wird natürlich auch die künftige Finanzierung der Feuerwehr ein Thema sein. Aktuell werden rund TCHF 600 der Kosten von den 20 - 40-Jährigen und rund TCHF 400 mit Steuergeldern aller Steuerpflichtigen gedeckt. Der Schutz durch die Feuerwehr wird ja für alle gewährleistet und so sieht er es persönlich nicht ein, weshalb er sich beispielsweise weniger als andere an den Kosten beteiligen soll.

Markus Rudin (SVP) erklärt, dass diverse reglementarische Bestimmungen durchaus revidiert und/oder angepasst werden müssten. Gemäss § 3 sollen beispielsweise die Baulichtorganisationen von der Ersatzabgabepflicht befreit werden. In der Vergangenheit hatten aber verschiedene Mitglieder, Angehörige, Mitarbeitende usw. von Zivilschutz, Polizei, Samariterverein etc. Feuerwehrdienst geleistet, auf die man wegen der neuen Bestimmung künftig verzichten muss. Die SVP-Fraktion wird der Überweisung der Motion zustimmen.

Max Schäublin (FDP) führt aus, dass die FDP-Fraktion eigentlich Sympathie für den stadträtlichen Vorschlag bzw. die Umwandlung des Vorstosses in ein Postulat hatte, nun aber die Überweisung der Motion an den Stadtrat grossmehrheitlich unterstützen wird. Es ist seiner Fraktion aber wichtig, dass mit den Reglementsänderungen der ursprüngliche Sinn und Zweck des Reglementes ausgehöhlt wird, indem beispielsweise immer mehr Personenkreise von der Feuerwehpflicht befreit werden.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass es nicht die Meinung der GOR ist, dass Angehörige der Baulichtorganisationen vom Feuerwehrdienst ausgeschlossen werden. Diese sollen lediglich keine Ersatzabgaben bezahlen müssen. Die GOR war sich aber nicht einig in der Frage, ob man auf die Ersatzabgabepflicht gänzlich verzichten soll oder nicht.

Stadträtin Regula Nebiker informiert, dass man schon Vorstellungen bezüglich möglichen Lösungen habe und diese prüfen wird, sollte der Vorstoss überwiesen werden.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

://: Die Motion Nr. 2019/125 wird vom Rat mit 33 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.

229 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Parkkarten - Interpellation von Beat Gränicher namens der SVP-Fraktion betreffend Parkkarten auf öffentlichen Parkplätzen (Nr. 2019/129)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Beat Gränicher
namens der SVP-Fraktion*

15. Februar 2019

***Interpellation
betreffend Parkkarten auf öffentlichen Parkplätzen***

Wir haben festgestellt, dass auf gebührenpflichtigen Parkplätzen unzählige Fahrzeuge mit Jahresparkkarten abgestellt sind, und zwar folgende Kategorien:

- Jahreskarten, die nur für Obergestadeck und Nonnenboden gelten*
- Jahreskarten, die für das gesamte Stadtgebiet gelten*
- Jahreskarten, die vor allem für die Schulhäuser gelten.*

Aussteller dieser Karten sind die Sicherheitsabteilung der Stadt sowie die Gribi Liegenschaftsverwaltung. In Parkierungsreglement und in der Verordnung haben wir keine Hinweise über diese Ausnahmegewilligungen gefunden. Einzig bei Handwerkerparkkarten ist das Parkieren auf gebührenpflichtigen Plätzen erlaubt.

Da die Parkplatzsituation in Liestal ohnehin schwierig ist – und sich durch den Wegfall der Plätze auf dem Konrad-Peter-Areal noch verschärfen wird - sollten die wenigen öffentlichen Parkplätze der Kundschaft zur Verfügung stehen und nicht durch Dauerparkierer blockiert sein.

Fragen an den Stadtrat:

- 1. Aufgrund welcher gesetzlichen Grundlage werden die oben erwähnten Parkkarten ausgestellt?*
- 2. Wer kann solche Parkkarten erwerben, und zu welchem Preis?*
- 3. Ist der Stadtrat auch der Meinung, dass die gebührenpflichtigen öffentlichen Parkplätze nicht zweckentfremdet werden sollen?*

* * * * *

Stadträtin Regula Nebiker hält fest, dass die vom Interpellanten geschilderte Situation zum Teil zutreffe. Bereits seit Januar 2018 werden einige Parkkarten nicht mehr so vergeben, wie dies früher der Fall war, da diese nicht mehr ganz konform mit den bestehenden Bestimmungen waren. Aktuell ist eine Arbeitsgruppe daran, die diesbezüglichen Bestimmungen zu überprüfen. Vom Stadtbauamt wird beim Einwohnerrat demnächst eine Vorlage eingereicht, in welcher auch Anpassungen bezüglich der Parkkarten-Verwendung thematisiert werden.

Beat Gränicher (SVP) äussert als Interpellant, er habe eine solche Antwort eigentlich erwartet, doch diese ist nun doch recht kurz. Er wünscht deshalb auch keine Diskussion und wird andere Schritte in die Wege leiten.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Vorstoss keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden und die Interpellation somit erledigt ist.

Beat Gränicher (SVP) erklärt, dass die von ihm 3 gestellten Fragen nicht beantwortet wurden und er deshalb auch keine Diskussion gewünscht hatte.

Ratspräsident Peter Küng (SP) erklärt, dass er sein Begehren mit einem neuen Vorstoss nochmals thematisieren kann oder er aber einen Rückkommens- oder Ordnungsantrag stellen müsste, damit wir an der heutigen Sitzung noch über den Vorstoss diskutieren können.

Beat Gränicher (SVP) erklärt, dass er sich das weitere Vorgehen betreffend seinem Vorstoss noch überlegen wird.

Erledigt nach der stadträtlichen Interpellationsbeantwortung.

230 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Veloverkehr Tiergartenstrasse - Postulat «Veloverkehr auf neuer Tiergartenstrasse beim Parkhaus SBB» von Hanspeter Zumsteg der Grünen Fraktion, Sonja Niederhauser der CVP/EVP/GLP-Fraktion, Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion und Joel Bühler der SP-Fraktion (Nr. 2019/131)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat Liestal

Postulat

Veloverkehr auf neuer Tiergartenstrasse beim Parkhaus SBB

Gerade für die Bewohner des Quartiers Tiergarten/Bodenacker/Talacker ist dies eine wichtige Veloverbindung zu den neuen oberirdischen Veloparkplätzen bei der Bahnhof-Fussgänger-unterführung an der Oristalstrasse. Dabei ist dem erhöhten Schutzbedürfnis von SchülerInnen zu Fuss und mit dem Velo zu den Schulanlagen Rotacker und Gymnasium genügend Rechnung zu tragen.

Gemäss dem 'Strassennetzplan Langsamverkehr 2016' besteht eine 'kommunale Radroute' von der Oristalstrasse via Tiergartenstrasse - Widmannstrasse zur Sichternstrasse.

Dem Einwohnerrat lagen zum Zeitpunkt des Beschluss zum Vierspurausbau noch keine detaillierten Pläne zur neuen Tiergartenstrasse inkl. Parkhaus vor. Nun ist im Plan vom 6.9.2018 zu entnehmen, dass wegen einer Privatparzelle die Tiergartenstrasse so verengt werden soll, dass für hinunter fahrende Velofahrer nur wenig Platz bleibt.

In der Schwachstellenanalyse Radrouten wurde schon 2007 bemängelt, dass die Tiergartenstrasse (Einbahnverkehr für Autos) bisher durch Velos nur bergwärts befahren werden kann.

Es ist nicht länger haltbar, dass eine Quartierstrasse für talwärts fahrende Velofahrer gesperrt wird zugunsten von bergwärts fahrenden Autos. Mit einer klaren Verkehrsführung durch einen talwärts angebrachten gelben Velostreifen könnte hier genügend Sicherheit gewährleistet werden.

Mit dem Neubau der unteren Tiergartenstrasse besteht nun die Chance, diese bemängelte Lücke zu schliessen,

Wir laden den Stadtrat ein, zu prüfen

- 1. wie eine bauliche Lösung anlässlich des Neubaus der unteren Tiergartenstrasse aussehen könnte für die seit Jahren bemängelte Veloverbindung von der Widmannstrasse zum Veloparkplatz Oristal (neben der Fussgänger-Unterführung),*
- 2. ob die obere Tiergartenstrasse für den Veloverkehr (mindestens teilweise) berg- und talwärts endlich geöffnet werden kann und welche Massnahmen dazu nötig wären.*

Wir bitten den Stadtrat, dem Einwohnerrat entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Liestal, den 25. Februar 2019

Fraktion Grüne Liestal

Fraktion CVP/EVP/GLP

Fraktion CVP/EVP/GLP

SP-Fraktion

Hanspeter Zumsteg

Sonja Niederhauser

Vreni Wunderlin

Joël Bühler

* * * * *

Stadtrat Franz Kaufmann informiert darüber, dass der Stadtrat das Postulat übernehmen würde. Die Projektierung ist abgeschlossen und man stehe vor dem Baubeginn des Vierspur-Ausbau. Das heisst, dass der Stadtrat bis im Jahr 2025 keine verbindliche Antwort geben kann, jedoch mit einem Zwischenbericht informieren wird.

Hanspeter Zumsteg (GL) legt als Postulant dar, dass in Liestal alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt sind und die Stärkeren doch auch Rücksicht auf die Schwächeren nehmen. Dieser Grundsatz sollte auch bei der Tiergartenstrasse gelten. Ein talwärts angebrachter Velostrassen und die Entfernung von zwei Sichtbehinderungen würde mehr Sicherheit gewährleisten. Beim Vierspurausbau-Entscheid waren dem Rat noch keine Detailpläne betreffend der Tiergartenstrasse bekannt. Gemäss Plan vom 6. September 2018 bleibt für die Velofahrer nur wenig Platz und mit dem Neubau beim unteren Strassenteil könnten solche Mängel behoben werden. Der Stadtrat wird um die Prüfung der zwei formulierten Fragen der Postulanten gebeten. Seine Fraktion spricht sich klar für eine Postulatsüberweisung aus.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) informiert als Postulantin, dass die Tiergartenstrasse hinsichtlich des Veloverkehrs und den in die falsche Richtung fahrenden Autos immer wieder Anlass zu Diskussionen gibt. Es gibt sehr gefährliche Situationen und den Postulanten geht es vor allem darum, dass die zwei Forderungen und Vorschläge der Postulanten vom Stadtrat geprüft werden. Es macht vermutlich Sinn, dass die Verkehrssituation bei der ganzen Tiergartenstrasse in einer Gesamtsicht überprüft und neu beurteilt würde. Ein längeres Zuwarten macht keinen Sinn und baldmöglichste Massnahmen bei der Tiergartenstrasse auf einer Länge von nur wenigen Metern drängen sich auf.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) führt aus, sie habe als Postulantin keine Ergänzungen zu machen.

Joel Bühler (SP) meint, ihm als Postulant und seiner Fraktion sei es schon wichtig, dass man die ganze Situation jetzt prüfe und nicht weiter zuwarte. Der vorgängig erwähnte Gegenverkehr in der Einbahnstrasse ist beispielsweise äusserst gefährlich, da die Verkehrsteilnehmer mit solchen Situationen gar nicht rechnen.

Dominic Odermatt (FDP) berichtet, auch seine Fraktion finde die Situation unbefriedigend und wird deshalb der Überweisung des Postulates zustimmen.

Denise Meyer (SVP) teilt mit, auch die SVP-Fraktion wird der Postulatsüberweisung zustimmen.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

://: Einstimmig wird das Postulat Nr. 2019/131 an den Stadtrat überwiesen.

231 0.01.011.01 Einwohnerrat

10. Fragestunde

1. Frage / Hanspeter Meyer (SVP) - Uni-Standort in Liestal

Gemäss BZ vom Samstag beginnt die Suche nach einem Standort in BL von Vorne. Liestal hätte Möglichkeiten für einen Campus. Darum die Frage: Ist der SR bereit, sich – wie schon in früheren Jahren – bei der Uni und den beiden Kantonsregierungen aktiv für einen möglichen Standort Liestal einzusetzen?

Stadtpräsident Daniel Spinnler: Für den Stadtrat ist klar, dass Liestal über den besten Uni-Standort für die beiden Fakultäten Wirtschaft und Recht, die beste Verkehrserschliessung, sowie Attraktivität und Aussenwirkung verfügt. Auch gibt es Entwicklungspotential hinsichtlich der Kosten und das Kantonsgericht mit Juristen ist ebenfalls in der Nähe. Der Standort beim Bahnhof steht nach wie vor zur Verfügung und für den Stadtrat wäre es eine begrüssenswerte Option, wenn der Uni-Standort nach Liestal verlegt würde, was man beim Regierungsrat bereits deponiert hat.

2. Frage / Benjamin Holinger (GL) - Fussgänger, Kasernenstrasse

Rund um das Bücheliareal hat es eine Begegnungszone, welche auf der Rückseite des Büchelcenters vom Kantinenweg abgeschlossen wird. Auf der stedtli-zugewandten Strassenseite des Kantinenwegs (auch entlang des QP Florhofs) hat es kein Trottoir. Bekannte, welche mit ihren Kindern via Kantinenweg/Nonnenbodenweg von Stedtli mit den Kindern nach Hause gehen, beschreiben die Überquerung des Kantinenwegs, auf der Rückseite des Manors als unübersichtlich. Zum Teil auch als gefährlich, da es viel Verkehr habe auch wegen dem Parkhaus. Wie könnte diese Stelle für Fussgänger sicherer gemacht werden? Wäre ein Fussgängerstreifen auf der Höhe des Restaurants Kaserne denkbar?

Stadtrat Franz Kaufmann: Weil es am Kantinenweg, ausser dem Restaurant Kaserne keine Adressen gibt, die für den Fussverkehr ein Ziel wären, hat es auf dem Kantinenweg in diesem Abschnitt kein Trottoir. Vom Stedtli zum Nonnenbodenweg besteht eine sichere Fussgängerverbindung über den Obergestadeckweg und dann am Gstadigschulhaus vorbei, mit anschliessendem Fussgängerstreifen bei der Kaserne. Das relativ geringe Fussgängeraufkommen vom Stedtli zum Restaurant Kaserne rechtfertigt die Einrichtung eines Fussgängerstreifens an diesem Ort nicht.

3. Frage / Michael Durrer (GL) - Uni-Standort

In der Basellandschaftlichen Zeitung vom 18. Mai war zu lesen, dass die Regierungen beider Basel bei der Suche nach einem Hochschulstandort auf dem Dreispitzareal aufgrund diverser Komplikationen wieder zurück auf Feld eins angelangt sind. Das Arfa-/Acifer-Areal, über welches offenbar aktuell diskutiert wird, sei für die Universität ausserdem wenig verlockend. Zitat: «...von der versprochenen Clusterbildung mit der Hochschule der Künste bliebe so wenig übrig, wie von der versprochenen Anbindung an den öffentlichen Verkehr». Sieht der Stadtrat aufgrund dieser Entwicklungen eine Möglichkeit, Liestal noch einmal als potentiellen Unistandort ins Gespräch zu bringen?

Stadtpräsident Daniel Spinnler: Die Antwort hat er bereits bei der 1. Frage gegeben.

4. Frage / Michael Durrer (GL) - Sammelstelle Grünabfälle/Biomasse/Kompost

Vor längerer Zeit habe ich in einer Fragestunde einmal gefragt, ob es eine Möglichkeit gäbe, im Stadtkern Sammelstellen für Grünabfälle / Biomasse / Kompost einzurichten. Soweit ich mich erinnern kann, wollte der Stadtrat dies gemäss der damaligen Antwort im Rahmen der Erneuerung der Rathausstrasse prüfen. Nun erstrahlt die Rathausstrasse im neuen Glanz, aber ich weiss immer noch nicht, wohin mit meinen Grünabfällen. Da die Abfallkassette der Stadt Liestal nach wie vor gut gefüllt ist, wollte ich nun noch einmal nachfragen:

Sieht der Stadtrat eine Möglichkeit, im Stadtkern Sammelstellen für Grünabfälle / Biomasse / Kompost einzurichten?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Die Frage betreffend den Grünabfall-Sammlungen im Stadtkern ist geprüft und bei anderen Städten angeschaut worden. Das Problem liegt ja insbesondere bei den Geruchsmissionen und der Hygiene, weshalb meist Standorte in Aussenquartieren mit einem gewissen Umfeld gewählt werden. Auch in Kernzonen ist aber die Lösung mit Grünabfall-Containern möglich, die draussen aufgestellt werden. Es wird deshalb nochmals die Frage mit der Firma Saxer geklärt, wo diese Firma gegebenenfalls auch in der Kernzone die Grünabfallcontainer leeren könnte.

5. Frage / Lisa Faust (GL) - Platz zwischen Palazzo und Post, Sicherheit für Fussgänger

Am Bahnhof, insbesondere zwischen Palazzo und Post, kommt es immer wieder zu heiklen Situationen, weil vielen Autofahrern - insbesondere auswärtigen - offenbar nicht genügend bewusst ist, dass es sich um eine Begegnungszone handelt. Kann die Stadt etwas machen, um die Sicherheit für Fussgänger und Velofahrer zu erhöhen, z.B. mit Bodenmarkierungen?

Stadtrat Franz Kaufmann: Der erwähnte Platz befindet sich in der Begegnungszone und diese ist eingangs auch korrekt signalisiert. Die gegenseitige Rücksichtnahme der Verkehrsteilnehmer klappt eigentlich recht gut und zusätzliche Bodenmarkierungen wären wohl eher kontraproduktiv.

6. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) - Engelsaal

Kürzlich war in der Presse zu lesen, dass der Besitzer des Hotel Engels das Mietverhältnis für den Engelsaal bei der Stadt gekündigt hat. Was hat dies für Konsequenzen für die Vereine?

Stadtrat Franz Kaufmann: Das Mietverhältnis ist von der EKG Hotel Engel AG per Ende Jahr gekündigt worden. Die Schwierigkeit liegt darin, dass damit auch die Nutzung des Foyers für Veranstaltungen wegfällt. Der Engelsaal ohne Foyer kann nur sehr schwer bewirtschaftet werden. Verschiedene Fragen betreffend dem Engelsaal-Zugang, den Fluchtwegen, den Garderoben usw. werden aktuell geprüft. Die Verträge mit der EKG Hotel Engel AG sind nicht gerade vorteilhaft zu Gunsten der Stadt ausgehandelt worden, da man der Nutzung von rückwärtigen Räumen zu wenig Beachtung geschenkt hatte.

7. Frage / Pascale Meschberger (SP) - Universtitätsstandort Liestal

Der nach „umfangreichen Abklärungen“ im Oktober letzten Jahres vom Regierungsrat beschlossene neue Standort für die bikantonale Universität hätte auf dem Dreispitz-Areal zu liegen kommen sollen. Letzte Woche ist nun in den lokalen Zeitungen zu lesen gewesen, dass dieses Areal aufgrund fehlender Einigung mit Eigentümer (CMS)/ Baurechtnehmer nicht in Frage komme. Nun sind andere Gebiete auf dem Dreispitz in Diskussion, bieten aber einen schlechten verkehrstechnischen Anschluss. Ist der Stadtrat bereit, beim Regierungsrat ein überarbeitetes Projekt für einen Universitäts-Standort am Bahnhof Liestal einzugeben?

Stadtpäsident Daniel Spinnler: Zur Frage betreffend dem Uni-Standort hatte er sich bereits bei der ersten Frage geäussert. Das Thema scheint im Moment mit drei Fragen und einem neuen Postulat sehr zu bewegen.

8. Frage / Pascale Meschberger (SP) - 1. Mai-Feier, Umzug

Seit 2017 findet die Baselbieter Ausgabe der 1. Mai-Feier - organisiert vom Gewerkschaftsbund - immer in Liestal statt. In diesem Jahr durfte eine grosse TeilnehmerInnen-Menge verzeichnet werden. Fragwürdig war allerdings die fehlende Verkehrssicherung während des kurzen Umzugs. So fuhren ein Linienbus und einige Personenwagen quasi durch die Menschenmenge. Wie kann in Zukunft sichergestellt werden, dass die entsprechenden Strassen abgesperrt sind?

Stadträtin Regula Nebiker: Die Verkehrssicherung bei Kundgebungen sowie bei Veranstaltungen wird aufgrund der Grösse des Anlasses festgelegt und in den Bewilligungen als Auflage formuliert. Sollte der Anlass grösser als angenommen ausfallen, kann es zu Abweichungen kommen. Man wird der Frage in der Verwaltung noch nachgehen, da anscheinend ein Missverständnis vorliegen muss.

9. Frage / Pascale Meschberger (SP) - Stadtfest, Musik-Gagen

In der Presse ist das geplante Liestaler Stadtfest über Tage kritisch beurteilt worden, da Liestal entgegen des Usus umliegender Gemeinden den geladenen Musikbands keine Gage bezahlen wolle. Hat sich das Stadtfest-Organisationskomitee mit den geladenen Musikerinnen und Musikern bezüglich Gage einigen können? Darf erwartet werden, dass trotz der vielen Absagen von namhaften Bands ein spannendes Musikprogramm dargeboten wird?

Stadtpräsident Daniel Spinnler: Der Anlass soll ein Fest für Liestal und die Region werden, worauf er sich auch als OK-Präsident sehr freue. Es wird ein vielfältiges Programm im ganzen während drei Tagen angeboten und mit zahlreichen Attraktionen für die Festbesucher jeden Alters aufgewartet. Betreffend der Gagen kann er festhalten, dass alle im Rahmenprogramm aufgeführten Künstler entschädigt werden. Zur Belebung wurden weitere Künstler und Bands eingeladen, welche während den verschiedenen Acts die Bühnen belegen bzw. auftreten können. Aktuell liegen Zusagen für rund 80 Auftritte vor. Das Fest wird ohne Eintrittsgelder organisiert, doch ab kommenden Samstag kann man Festabzeichen in Form einer Plakette kaufen, welche zugleich auch für die Tombola-Ziehung berechtigen. Nebst dem Gratiseintritt für die Besucher soll das Stadtfest auch langfristige und nachhaltige Impulse setzen. Zum Medienanlass vom 05. September 2019 werden auch die Einwohnerratsmitglieder eingeladen. An dieser Stelle möchte er auch dem OK den besten Dank aussprechen, welches das Fest ehrenamtlich organisiert.

10. Frage / Pascale Meschberger (SP) - Wahlmaterial-Versand

Anlässlich der kantonalen Wahlen sind in Liestal die Wahlunterlagen zwar durchaus noch in der gesetzlichen Frist, aber doch entgegen des Usus sehr spät verschickt worden (10-14 Tage vor den Wahlen). Störend ist dies insbesondere, da klare Absprachen zwischen allen Parteien und der Stadt getroffen worden waren, dass der Versand gleichzeitig mit dem Wahlversand der Parteien erfolgen sollte. Wie kann in Zukunft sichergestellt werden, dass eine solche (relative) Verspätung nicht mehr vorkommt?

Stadtpräsident Daniel Spinnler: Verwaltungsseitig ist dieser Prozess optimiert worden. Im Zusammenhang mit den Wahlen vom 31. März 2019 sind die gesetzlich vorgeschriebenen Fristen eingehalten worden. Interessant ist auch, dass die Wahlbeteiligung in Liestal höher als der kantonale Durchschnitt war. Dennoch soll künftig der Wahlmaterialversand innert der gleichen Frist wie beim Versand von Abstimmungsmaterial erfolgen, doch ist dies nicht in jedem Fall möglich.

11. Frage / Dominique Meschberger (SP) - Pumptrack

An der Sitzung vom 20. Dezember 2017 wurde eine Interpellation zum Thema Pumptrack in Liestal recht positiv beantwortet. Die Jugendarbeit Liestal wollte sich gerne um die Realisierung eines solchen Vorhabens kümmern. Wie steht es mit diesem Projekt?

Stadträtin Regula Nebiker: Für den Pumptrack ist im Gitterli-Areal eine Fläche ausgeschieden und dieser wird vom Kanton und der Stadt betrieben. Im Moment wird ein Detailkonzept ausgearbeitet und nach Sponsoren gesucht.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass sie eine weitere Frage eingereicht habe, welche nicht behandelt wurde.

Ratspräsident Peter Küng (SP) erklärt, ihm sei keine weitere Frage bekannt, welche noch zu beantworten wäre, doch werde man den Sachverhalt betreffend der angeblich nicht erwähnten Frage noch prüfen.

232 0.01.011.01 Einwohnerrat

11. Winterdienst - Interpellation «Winterdienst - höhere Priorität für den Langsamverkehr» von Joel Bühler der SP-Fraktion und Dominik Beeler der Grünen Fraktion (Nr. 2019/132)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Winterdienst - höhere Priorität für den Langsamverkehr?

Interpellation

Joël Bühler, SP-Fraktion und Dominik Beeler, Grüne Fraktion

Der Website der Stadt Liestal ist zu entnehmen, dass "die Strassen und Wege der Stadt Liestal [...] im Winter nach Prioritäten von Schnee und Eis befreit [werden]."

*Velostädte wie Kopenhagen in Dänemark räumen dem Veloverkehr auch im Winter absolute Priorität ein, da es sich um das schnellste, ökologischste und gesündeste Verkehrsmittel handelt. Ein Postulat in der Stadt Bern hat 2013 ergeben, dass Velofahrer*innen und Fussgänger*innen nicht nur letzte Priorität bei der Räumung haben, sondern dass es "bei grossem Schneevorkommen" sogar vorkommt, dass "Radstreifen kurzfristig als Schneedepot genutzt werden, um die wichtigen Hauptachsen für den öffentlichen Verkehr zu räumen."¹ Diese Vorgehensweise verschlechtert nicht nur den Platzverbrauch in den Städten, sondern verhindert auch, dass das Velofahren ganzjährig attraktiv bleibt. Soll die Wende hin zu einem klimafreundlichen Verkehrssystem ("Verkehrswende") gelingen, muss dem Langsamverkehr auch bezüglich Winterdienst absolute Priorität eingeräumt werden.*

Gerne hätten wir vom Stadtrat folgende Fragen beantwortet:

- Wie sieht die Prioritätenliste beim Winterdienst in Liestal aus?*
- Werden in Liestal ebenfalls Fahrradwege und/oder Trottoirs als Schneedepot verwendet?*
- Ist im Hinblick auf den Bau der neuen Velostation und der neuen Velowege entlang des Bahntrassees vorgesehen, dem Winterdienst für Velos und Fussgänger*innen erhöhte Priorität einzuräumen, um die Zufahrt zum Bahnhof ganzjährig zu gewährleisten?*

* * * * *

Stadträtin Marie-Theres Beeler nimmt Bezug auf die Fragen der Interpellanten und beantwortet diese wie folgt: Die Grenzen zwischen Lausen und Bubendorf können während dem Winter wohl schon alleine deswegen ausgemacht werden, weil die Liestaler-Seite von Wegen und Strassen meist schon geräumt ist. Beim Winterdienst ist um 03.00 Uhr Arbeitsbeginn und es kommen drei Gruppen von Werkhof-Mitarbeitenden zum Einsatz. Die Kantonsstrasse werden vom Kanton selbst geräumt. Bei den Gemeindestrassen werden diejenigen mit Busrouten zuerst geräumt, bevor dann der Winterdienst beim Bahnhof und im Stedtli verrichtet wird. In zweiter Priorität werden steile Strassen und Wege sowie Schul- und Radwege geräumt. Abschliessend werden die restlichen Plätze und Strassen geräumt. Gemäss Leistungsvereinbarung mit dem Kanton werden von den Betrieben auch die Trottoirs entlang der Kantonsstrassen von der Stadt geräumt. Rund die Hälfte der Stadt-Mitarbeiter verrichtet den Winterdienst bei den Trottoirs und Fahrradwegen, obwohl diese Fläche nur einen Anteil von rund 20 Prozent ausmacht. In den letzten 12 Jahren mussten keine Schneedepots mehr gemacht werden, da der Schnee meist schon innert einem halben Tag verschmolzen ist. Bei

¹ Postulat Fraktion GB/JA! (Aline Trede/Monika Hächler, GB): Velostreifen sollen als erstes vom Schnee geräumt werden (2013.SR.000261)

den Fussgängerzonen im Stedtli wird der Schnee in die Mitte gepflügt, damit man links und rechts noch laufen kann. In Ausnahmesituationen bzw. sehr starkem Schneefall müssten gegebenenfalls Schneedepots erstellt werden, doch würde dann dieser Schnee auch gleich wieder abtransportiert. Wie bereits erwähnt, geniesst das Bahnhofareal und die Zugänge erste Priorität beim Winterdienst und dies wird auch bei den neuen Velostegen der Fall sein, die zum Bahnhof und in die neue Velostation führen.

Joel Bühler (SP) dankt als Interpellant für die Antworten und wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass die Diskussion im Rat unbestritten ist.

Joel Bühler (SP) meint, dass mit den Antworten die Fragen der Interpellanten zur Zufriedenheit beantwortet wurden. Gerade für die Langsamverkehrsteilnehmer ist es wichtig, dass sie sich auf einen schnellen und sicheren Winterdienst verlassen können. Als Velofahrer ist er froh, dass er praktisch nie auf sein Velo verzichten oder gar auf ein anderes Verkehrsmittel umsteigen muss, weil es die Strassenverhältnisse im Winter nicht erlauben.

Dominik Beeler (GL) bemerkt, dass er als Mitunterzeichner der Interpellation keine weiteren Ergänzungen anbringen möchte.

Beat Gränicher (SVP) freut der Vorstoss zum Thema Winterdienst, denn bei dieser Gelegenheit möchte er doch einmal den Dank für die guten Arbeiten der Betriebe aussprechen, die auch während des Winters geleistet werden.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Vorstoss keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2019/132.

233 0.01.011.01 Einwohnerrat

12. Kasernenstrasse - Bericht Stadtrat zu Postulat betreffend Sicherheit Kasernenstrasse für Velos und Fussgänger von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2017/59)

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) hält als Postulantin fest, dass sie die stadträtliche Antwort doch frustrierte, denn der Kanton und auch die Stadt übernimmt hier keine Verantwortung. Für das Nachstossen beim Kanton danke sie dem Stadtrat dennoch. Ihre Verbesserungswünsche sollten doch zumindest im Verkehrs-, Betriebs- und Gestaltungskonzept Liestal Ost einfließen. Sie würde das Konzept und der Zeitplan für die Umsetzung schon noch interessieren. Gemäss Landratsvorlage Nr. 008 vom 10. Januar 2017 werden verschiedene Szenarien betreffend der Rosenstrasse, Kasinostrasse, Militärstrasse und Kasernenstrasse beschrieben. So wird darin unter anderem festgehalten, dass die Kasernenstrasse nebst ihrer Bedeutung als Verbindungsachse nach Seltisberg auch eine hohe Bedeutung als wichtige öV-Achse hat und zusätzlicher Bestandteil der kantonalen Radroute ist. Eine Verkehrsumlegung in die Kasinostrasse ist angedenkt, der Zeitpunkt aber vom Landerwerb, Einsparungen, den finanziellen Mitteln usw. abhängig gemacht. Das von ihr geschilderte Problem bei der Kasernenstrasse wird damit aber nicht gelöst, denn diese Umlegung wird nicht weniger Verkehr für die Kasernenstrasse bringen. Die Kasernenstrasse wird während den Waldenburgerbahn-Bauarbeiten eine zusätzliche Belastung erfahren, welche für die Velofahrer und Schüler bereits heute gefährlich ist. Sie findet es verantwortungslos vom Kanton, wenn dieser die Gefährdung der Fussgänger und Velofahrer nicht erkennt und so kann man nur hoffen, dass keine Unfälle passieren werden. Bei der Prüfung möglicher Massnahmen bei der Kasernenstrasse wäre sie auch gerne bereit, sich aktiv einzubringen.

Dominique Meschberger (SP) weist darauf hin, dass dem Velo immer mehr eine grössere Bedeutung zukommt und auch in Liestal hat ein Umdenken statt gefunden. Die Kasernenstrasse ist wohl nicht nur für sie ein Rätsel bezüglich dem Langsamverkehr, fehlt doch auf dieser Strasse der so wichtige Velostreifen. So benützen halt beispielsweise insbesondere Eltern mit Kleinkindern illegal das Trottoir, weil es als Velofahrer auf der Kasernenstrasse schlichtwegs zu gefährlich ist. Sie hofft, dass sich die Landratsmitglieder des Bezirks bei der Behandlung der Kasernenstrasse für Liestal einsetzen werden. Zudem wäre vielleicht Tempo 30 eine mögliche Lösung für die Kasernenstrasse.

Lisa Faust (GL) berichtet, dass ihre Fraktion einsehe, dass der Stadtrat im Moment nicht sehr viel mehr unternehmen kann, doch finde man es sehr schade, dass das ungelöste Anliegen zu Gunsten einer besseren Sicherheit für die Fussgänger und Velofahrer nicht gelöst werden kann. So bleibt die Hoffnung, dass sich mit Beginn der neuen Legislaturperiode hier im Landrat doch noch schnellere Lösungen in einigen Fällen ergeben werden. Ihre Fraktion wird der Postulatsabschreibung zustimmen.

Stadtrat Franz Kaufmann betont, dass auch der Stadtrat die Problematik sehe, schlussendlich aber auf die Realisierung durch das kantonale Tiefbauamt angewiesen ist. Der von der Postulantin gewünschte Zeitplan ist anscheinend noch nicht vorhanden und vielleicht können sich auch die Landratsmitglieder von Liestal in erwähnter Angelegenheit noch einbringen. Mit der vermehrten Verkehrsverlagerung auf die Rosenstrasse wird eine Entschärfung der Situation bei der Kasernenstrasse erwartet, was aber ungewiss ist. Das Anliegen betreffend der Kasernenstrasse wird vom Stadtrat bei Gesprächen mit dem Kanton weiterhin immer wieder eingebracht.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

://: Einstimmig wird der stadträtliche Bericht gemäss Vorlage Nr. 2017/59a zur Kenntnis genommen.

://: Das Postulat Nr. 2017/59 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

234 0.01.011.01 Einwohnerrat

13. Flohmarkt in Liestal - Interpellation betreffend Flohmarkt in Liestal von Dominik Beeler der Grünen Fraktion (Nr. 2019/135)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Einwohnerrat Liestal
Dominik Beeler
Grüne Fraktion*

Interpellation: Flohmarkt in Liestal

Seit letztem Jahr ist der Flohmarkt in Liestal endlich wieder zurück im Stedtli. Allerdings wurde die jährliche Anzahl von Flohmärkten von vier auf zwei gesenkt. Ein begeisterte Flohmärtlerin, die seit über 40 Jahren am Liestaler Flohmarkt teilnimmt, ist deshalb an mich herangetreten. Sie findet es enorm schade, dass der Flohmarkt nur noch zweimal stattfindet, da man, wenn man einmal verhindert ist oder das Wetter nicht mitmacht, wieder ein halbes Jahr warten müsse.

Deshalb bitte ich den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Weshalb wurde die Anzahl der Flohmärkte von vier auf zwei gesenkt?*
- 2. Gibt es aus Sicht der Stadt eine Nachfrage in der Bevölkerung, welche die Durchführung von vier Flohmärkten im Jahr rechtfertigen würde?*
- 3. Unter welchen Bedingungen würde die Stadt die Anzahl der jährlichen Flohmärkte wieder von zwei auf vier erhöhen?*

Liestal, 9. April 2018

Dominik Beeler

* * * * *

Stadträtin Regula Nebiker führt aus, dass man vor ziemlich genau zwei Jahren über das neue Marktkonzept informiert habe, welches im Zusammenhang mit Liestal 2020 und der neuen Rathausstrasse erarbeitet wurde. Die Märkte sind ein wichtiger Bestandteil zur Belegung der Innerstadt, doch ist aus verschiedenen Gründen der Warenmarkt von vier auf zwei Märkte pro Jahr reduziert worden. Ebenfalls wurden weniger Flohmärkte terminiert, dieser jedoch vom Gestadeckplatz in die Kernzone verlegt. Der Flohmarkt vom letzten Samstag erfreute sich grosser Beliebtheit und funktionierte gut. Alle kommunalen Märkte verfügen über ein einheitliches Logo, welches sich je nach Markt nur farblich unterscheidet. Die Märkte werden von verschiedenen Trägerschaften organisiert. Zusätzliche Flohmärkte werden gemäss Anfrage aktuell auch von den Organisatoren und Betreibern nicht in Betracht gezogen.

Dominik Beeler (GL) dankt als Interpellant für die Beantwortung seines Vorstosses und wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass die Diskussion im Rat unbestritten ist.

Dominik Beeler (GL) erklärt, er sei von einer hiesigen Flohmarktstand-Betreiberin angefragt wurde, ob denn die Anzahl Flohmärkte nicht wieder erhöht werden könnte, da beispielsweise damit doch auch die Rathausstrasse noch mehr belebt werden könnte. Die Förderung einer Nachhaltigkeit von nicht mehr benötigten Dingen und Sachen wäre zudem ein kleiner Beitrag im Zusammenhang mit dem erklärten Klimanotstand.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Vorstoss keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2019/135.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Peter Küng (SP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) informiert darüber, dass er sein **Postulat «Früherer Versand der Stimmrechtsausweise bei Wahlen» (Nr. 2019/136)** als Verfasser des Vorstosses zurückziehe.

Hingegen möchte er angesichts der Wichtigkeit sein **Postulat «Keine Universität am Dreispitz - neue Chance für Liestal?» (Nr. 2019/142)** stehen lassen. Auch sollte vielleicht vom Kantonsparlament die Frage an seine Exekutive gestellt werden, was nun der Regierungsrat betreffend der Standortfrage zu tun gedenkt.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 19.45 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Peter Küng

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann